



Nationales mobiles Sicherheitskommunikationssystem (MSK)

Kurzbeschreibung

Ein einheitliches System, das die mobile breitbandige Sicherheitskommunikation für Bund, Kantone und Dritte in allen Lagen sicherstellt, fehlt zurzeit in der Schweiz. Mit der rechtzeitigen Einführung eines zukunftsgerichteten, mobilen, breitbandigen Sicherheitskommunikationssystems (MSK) soll die Kommunikation zwischen den Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) weiterhin zuverlässig gewährleistet werden. Für die sichere und krisenresistente Übermittlung von Sprache, Daten und Bilder, zur Schliessung der identifizierten Lücke und als Nachfolgesystem von Polycom, das 2035 das Nutzungsende erreichen wird, soll ab 2026 ein MSK aufgebaut und ab 2030 eingeführt werden, damit es ab 2035 schweizweit betrieben werden kann. Das MSK soll auf den bestehenden Infrastrukturen von Polycom sowie kommerzieller Mobilfunkanbieter aufbauen, diese durch krisenresistente Elemente wie eine unabhängige Notstromversorgung erweitern und so eine lückenlose Datenkommunikation ermöglichen. Damit ergänzt MSK das nationale sichere Datenverbundnetz (SDVN+) um eine sichere mobile Datenkommunikation.

Projektstand und Ausblick (per 31.10.2024)

Rückblick

Der Bundesrat hat am 26. Juni 2024 eine Vernehmlassung zur Ablösung von Polycom durch ein nationales MSK mit den finanziellen und personellen sowie den organisatorischen und zeitlichen Auswirkungen eröffnet. Die Vernehmlassung, koordiniert durch das VBS (BABS), bietet allen beteiligten Akteuren eine Plattform zur Mitgestaltung dieser zukunftsweisenden Initiative. Die Vernehmlassung läuft bis am 24. Oktober 2024.

Ausblick

Im Anschluss an die Vernehmlassung wird das VBS die Stellungnahmen auswerten und dem Bundesrat ein Aussprachepapier über das weitere Vorgehen vorlegen. Gemäss aktueller Planung und vorbehaltlich des Bundesratsentscheids kann das Parlament das Thema im Jahr 2025 behandeln. So sollten die ersten Etappen der Umsetzung des Projektes im Jahr 2026 lanciert werden können.

Aktuelle Herausforderungen

Die Notwendigkeit eines einheitlichen Systems, das die mobile breitbandige Sicherheitskommunikation für Bund, Kantone und Dritte auch unter erschwerten Bedingungen (u.a. Stromausfall, Cyberangriffe, Terroranschlag) sicherstellt, wird immer deutlicher, besonders im Hinblick auf das Ende der Nutzungsdauer von Polycom und auf die erhöhten Anforderungen an eine mobile breitbandige Sicherheitskommunikation.

Aufgrund dieser Situation, der engen Zeitverhältnisse für die notwendige Ablösung von Polycom in einem komplexen föderalen Umfeld und der angespannten finanziellen Lage des Bundes sind frühzeitige politische Entscheide von grosser Bedeutung. Während der Vernehmlassung muss insbesondere die Frage der Governance unter der Federführung von PTI im Detail geklärt werden. Auch braucht es eine gemeinsame strategisch-politische Steuerung Bund-Kantone für die Begleitung der politischen Prozesse sowie die weiteren Arbeiten.

Rolle Bund

Die Vorbereitung des Geschäfts wird durch das VBS (BABS) wahrgenommen. Die Rollenverteilung (Governance) zwischen dem Bund und den Kantonen ist Gegenstand der Vernehmlassungsvorlage und derzeit noch nicht definitiv festgelegt.

Rolle Kantone

Da die Kantone aufgrund des vorgeschlagenen Kostenteilers von «Polizeitechnik und -informatik (PTI)» (30% Bund, 70% Kantone) einen wesentlich grösseren Anteil bezahlen als der Bund, ist eine Governance anzustreben, die den Kantonen entsprechend ihrer finanziellen Beteiligung mehr Verantwortung und Mitbestimmung einräumt. Gemäss der in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Governance-Variante soll dies über die bestehenden Gremien von PTI geschehen, die eine Schlüsselrolle auf allen Umsetzungsebenen einnehmen würden. Andere Varianten für eine Governance, die den Vorstellungen der Kantone entspricht, werden während der Vernehmlassung unter der Federführung von PTI geprüft.

Projektdaten	
Projektverantwortung	Etablissement du message : STR
	Direction du projet : je nach politischem Entscheid
Projektdauer	Etablissement et débats sur le message : 2024-2026
	Mise en place du CMS : 2026 – 2036 (Ablösung Polycom)
Politische Entscheide	Bundesrat: voraussichtlich Anfang 2025

Investitionen	Gesamtkosten: rund 3 Mrd. Franken davon Investitionen von rund 1,1 Mrd. Franken (Zeitraum 2026-2046)
Finanzressourcen Bund	Avec une répartition Bund/Kanton 30%/70% (cf Vernehmlassungsvorlage): Investitionen: rund 330 Mio. Franken (Verpflichtungskredit) Wiederkehrende Kosten: rund 550 Mio. Franken (geplant im Zeitraum 2026-2046)
Finanzressourcen Kantone	Avec une répartition Bund/Kanton 30%/70% (cf Vernehmlassungsvorlage): Investitionen: rund 1,3 Mrd. Franken (Verpflichtungskredit) Wiederkehrende Kosten: rund 770 Mio. Franken (geplant im Zeitraum 2026-2046)